

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug · Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto · Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend · Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrüderstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 30. März 1932

Nummer 26

Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen?

Der Deutsche Buchdrucker-Verein hat das nach § 29 des Deutschen Buchdrucker-Tarifs zur Schlichtung von Gesamtstreitigkeiten über den Bestand und die Erneuerung des Tarifvertrags zuständige Zentral-Schlichtungsamt angerufen. Diese tarifliche Schlichtungsinstanz tritt am 30. März in Berlin zusammen, um, wie die „Zeitschrift“ in ihrer Nr. 24/25 vom 23. März schreibt, die Manteltarifverhandlungen fortzuführen. Da aus der Erklärung der Prinzipalsvertreter vom 15. März, die in unserm Bericht über den „Abbruch der Tarifverhandlungen“ in Nr. 23 des „Korr.“ vom 19. März veröffentlicht wurde, zu ersehen war, daß man auf Prinzipalsseite der Ansicht ist, die letzten Verhandlungen der Tarifkommission hätten gar keinen „ordnungsgemäßen“ Charakter gehabt, so könnte jetzt am 30. März ernstlich auch nicht von einer „Fortführung“, sondern nur von einer Wiederaufnahme der Verhandlungen die Rede sein.

Die Vertreter der Gewerkschaft werden sich im Bewußtsein ihrer ernstlichen Verantwortlichkeit für eine möglichst friedliche Lösung aller tariflichen Streit- und Streitfragen einer solchen Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen selbstverständlich nicht entziehen. Aber es sollte auch auf der anderen Seite kein Zweifel darüber bestehen, daß es für die gesamte Gewerkschaftvertretung auch jetzt noch für die Verhandlungen vor dem Zentralschlichtungsamt keine anderen ideo- und fachlichen Voraussetzungen geben kann; als jene, die schon am 16. März in der Erklärung der Gewerkschaftsvertretung mit aller Klarheit und Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen sind. Die Gewerkschaftsvertretung hat in dieser Erklärung festgestellt,

„... daß von ihr nicht in einseitiger Weise nur die Zurückziehung der Anträge des Deutschen Buchdrucker-Vereins zu § 6 Ziffer 4a bis 4d (Lohnklassen, Sparten- und Ortszuschläge) seines neuen Tarifentwurfs als Voraussetzung für einen Eintritt in Verhandlungen über den materiellen Teil des Tarifs gefordert worden ist. Sie hat sich vielmehr bereit erklärt, gleichzeitig auch die von den Gewerkschaftsorganisationen zu § 4 Ziffer 4a und 4b des jetzigen Tarifs gestellten Anträge zurückzugeben.“

Wegen der in den Anträgen des DVB, zum § 6 seines völlig neuen Tarifentwurfs geforderten Lohnsenkungen müssen die Gewerkschaftsbünde eine weitere Verhandlung über diesen Vertragsentwurf ablehnen. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Gewerkschaften durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 geschaffenen Lage lassen solche Verhandlungen nicht zu.“

Es haben sich in der Zwischenzeit auf der Unternehmerseite keine zweifelsfreien Beweise dafür ergeben, daß man prinzipalsseitig zu anderer Ansicht oder zu besserer Erkenntnis gekommen sein könnte. Es sei denn, daß dies durch die Anrufung des tariflichen Zentralschlichtungsamtes noch offen gelassen werden sollte.

Sollte man in diesem Zusammenhang der Dinge auf Unternehmerseite jedoch des Glaubens sein, daß es dem Zentralschlichtungsamt möglich wäre, die Gewerkschaftsvertretung von den Voraussetzungen, die zu ihrer vorstehenden Erklärung geführt haben, trotz aller sonstigen abzurufen, dann wird man sich trotz aller nur denkbaren juristischen Spekulationen in anderer Richtung nicht weniger gründlich irren, als dies schon beim Aufbau und der sozialen Auspostulierung des diesmaligen neuen Tarifvertragsentwurfs des Deutschen Buchdrucker-Vereins der Fall war. Die Gewerkschaftsvertretung kann und wird auf diesem kulturell-tarifpolitisch rück- und abwärts führenden Weg keinen Schritt mitgehen. Deshalb werden für sie auch vor dem Zentralschlichtungsamt Verhandlungen über erneute Lohnsenkungen unmöglich sein, nachdem die graue Theorie des Unternehmertums von der Wiederbelebung der Wirtschaft durch Hungerlöhne

so elend Schiffbruch gelitten hat. Es wird sich dann erweisen müssen, ob eine zu objektivem Urteil verpflichtete Schlichtungsinstanz nicht andere Wege zur Fortführung einer vernunftgemäßen friedlichen Gewerkschaftspolitik zu weisen vermag. Inwieweit gegenwärtig tarifpolitische Bestrebungen oder Erkenntnisse in andern und maßgebenden wirtschaftspolitischen Kreisen sich mit einer solchen Verständigungsinstanz decken oder nicht, bleibe zunächst eine offene Frage. Die Notwendigkeit einer gegenseitigen tarifpolitischen Diktatur ist aber dadurch für das Zentralschlichtungsamt am allerwenigsten gegeben; was hoffentlich dazu beiträgt, diese Instanz vor Sisyphusarbeit zu bewahren. Denn auch das Zentralschlichtungsamt kann der Gewerkschaft keinen neuen Manteltarif aufzwingen, dem ihre tarifrechtlichen Vertreter die Zustimmung versagen müßten.

Es bleibt also nach wie vor dabei, daß ohne Verzicht der Unternehmer auf alle Forderungen, die einen Abbau bisheriger tariflicher Rechte der Buchdrucker-Arbeiterschaft bedeuten würden, keine Verständigungsinstanz gegeben sein wird. Denn wenn schon z. B. in der Arbeitszeitfrage die noch in Arbeit stehenden aus kollektiven und sozialen Gründen bereit sind, zugunsten ihrer arbeitlosen Kollegen noch weitere Opfer als bisher auf sich zu nehmen, so müßte es eigentlich selbstverständlich sein, daß auch die Unternehmer für das heutige soziale Elend etwas mehr als nur platonische Mitverantwortlichkeit auf sich nehmen, statt in der Sicherung und Verwertung ihrer größtenteils unwirtschaftlichen Sachwerte den einzigen Ausweg aus „ihrer“ Krise zu suchen. Der Glaube, daß die Erhaltung „ihrer“ Betriebe nur auf Kosten der Arbeiterschaft aus dieser dienlich sei, hat unter den heutigen Verhältnissen jede Berechtigung verloren. Denn gerade auf die Auswirkung dieses Glaubens, der sich auf den einseitigen Besitz der Produktionsmittel und ihre Verwertung stützt, ist ja das heutige Wirtschaftsgeschehen und -durch-einander zurückzuführen. Daß der Bestand von Produktionswerkstätten nicht unbedingt von persönlichen „Inhabern“ oder Besitzrechten abhängen braucht, ja sogar nicht selten deren Bestand geradezu erschüttert und vernichtet, ist heute gar keine unstrittene, sondern auch im deutschen Buchdruckgewerbe mehr und mehr in Erscheinung tretende Tatsache geworden. Der Glaube an den Vorzug persönlicher Besitzrechte an den Betriebsstätten und Produktionsmitteln würde sich erst dann rechtfertigen, wenn die heutigen daraus resultierenden tiefen Schattenseiten für die soziale Gemeinschaft durch eine gerechtere und vernünftigeren Führung der Wirtschaft wieder ausgeglichen werden könnten.

Aber gerade die durchweg arbeitereindlichen Grundlagen des vom Deutschen Buchdrucker-Verein der Gewerkschaft des deutschen Buchdruckgewerbes zugemuteten Sklavenvertrags werden dies voraussichtlich unmöglich machen. Sie haben nur das eine Gute, daß durch sie alle Kräfte mobil und wirksam gemacht wurden, die solche Annahmen als leichtfertige Herausforderung empfinden und restlos bekämpfen werden. Daran wird auch das Zentralschlichtungsamt kaum etwas ändern können. Es sei denn, dessen unparteiische Vorstehenden erkennen ebenfalls die soziale und wirtschaftliche Unhaltbarkeit dieser Situation, die ihnen vernünftigerweise die Pflicht auferlegen müßte, einer solchen Hydra tarifpolitischer Verirrung im Interesse einer allmählichen Wiedergewinnung gewerblicher und tariflicher Zusammenarbeit von vornherein jeden weiteren Nährboden zu entziehen. Es würde uns freuen, wenn die bevorstehende Wiederaufnahme der Tarifverhand-

lungen die Möglichkeit bieten würde, von einer solchen Wendung der Dinge unter dem Einfluß des Zentral-Schlichtungsamtes demnächst berichten zu können!

Leider sind aber diese Schwierigkeiten für eine Entspannung der bis aufs Höchste mit Konfliktelementen geladenen Tarifatmosphäre im deutschen Buchdruckgewerbe damit noch nicht restlos gekennzeichnet. Denn nachdem das Vorstehende bereits im Satz vollendet war, ging dem Verbandsvorstand folgendes Schreiben vom Deutschen Buchdrucker-Verein zu:

Hiermit kündigen wir den laufenden Lohnsatz zum 30. April 1932.

Wir nehmen an, daß die bevorstehenden Manteltarifverhandlungen Gelegenheit geben werden, Näheres mit Ihnen zu besprechen.

Anzunehmen, daß mit dieser Kündigung des Lohnsatzes die Unternehmer beabsichtigen, das den Arbeitern durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 zugefügte bittere Unrecht in etwas wieder gutzumachen, dürfte wohl der wirtschaftlichen Vernunft dieser Kreise zu viel zugemutet sein. Es besteht vielmehr offenbar die Absicht, die Löhne auf diesem Wege noch weiter herabzusetzen. Diese provokatorische Kündigung des Lohnsatzes zu den schon bekannten Absichten einer außerordentlichen Verschlechterung aller Arbeitsbedingungen durch den Manteltarif wird die Gewerkschaft im ganzen Reich nur noch um so mehr in geschlossener Widerstandsfrente zusammenhalten!

Internationale Gewerkschaftsabwehr gegen die Weltkrise

Der Ausschub des Internationalen Gewerkschaftsbundes nahm kürzlich in Bern erneut zu dem Kampf der Arbeiterklasse gegen die Weltkrise Stellung. Die Berner Beratungen fanden in der deutschen Presse, soweit man sieht, nicht die Beachtung, die sie verdienen. In Deutschland mußte man sich mit Hitlers Vorbereitungen zum Bürgerkrieg und seinem ewigen Klammern in Braunschweig befassen. Dabei wächst die Not, die die Weltwirtschaftskrise über die Welt gebracht hat, allmählich ins Gigantische. In allen Ländern sind ganze Gruppen von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen worden, Hunderttausende, ja Millionen hungrierend und darbernd Menschen werden von den antihumanen Statistiken nicht oder nicht mehr gezählt, und trotzdem ist die Zahl der statistisch erfassten Arbeitslosen im Zeitraum eines Jahres von 20 auf 25 Millionen angewachsen. Noch immer blutet die Wunde der Reparationen. Der Faschismus und die Sozialreaktion machen sich überall breit und nirgends zeigen sich in der zusammengebrochenen Wirtschaft Selbstheilungskräfte.

Angeichts dieses erschütternden Tatbestandes rief Leipart, der Führer der freien Gewerkschaften Deutschlands, auf der Ausschubtagung in Bern aus: Muß die Menschheit tatenlos zusehen, wie sich die Produktion von Monat zu Monat verringert, wie der Handel einschrumpft, wie Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zunehmen? Sind wir diesem Wirtschaftssystem wehrlos preisgegeben? Sind die Gesetze der Wirtschaft stärker als der Wille des Menschen? Oder gibt es Möglichkeiten, den Schrumpfsprozess zu überwinden, in dem die Wirtschaft sich versagen hat? Ist es wirklich unabänderliches Gesetz, daß die Wirtschaft den Menschen beherrscht, oder kann der Mensch vermöge seines Willens oder seiner Kraft die Wirtschaft lenken? Diese Fragen sind für die Gewerkschaften so bedeutungsvoll, weil es die Arbeiterklasse ist, die am schwersten durch die Wirtschaftskatastrophe betroffen wird, und deshalb haben wir die Pflicht, die Wege aufzusuchen, die aus dem Dunkel der Weltkrise führen.

Das Wirtschaftsprogramm des IGB, betonte Leipart, fordert „die volle Durchführung der Stabilisierung der Währungen als Voraussetzung der Gesundung der nationalen und internationalen Wirtschaft“. Seit der Vertrauenskrise des letzten Sommers haben wir jedoch bereits mehr als 20 Länder — in der Mehrzahl dem Beispiel Englands folgend — die Verpflichtung aufgegeben, ihre Noten in Gold einzulösen, mit der Folge, daß bei fast allen eine

Entwertung ihrer Währung eingetreten ist. Wir müssen die uns angefallenen Landeszentralen mit aller Einbringlichkeit an die Stellung des Wirtschaftsprogramms des VGB, zur Währungsfrage erinnern.

Unsre größte Sorge gilt selbstverständlich den Arbeitslosen. In Madrid haben wir auf der Ausschusssitzung die Vierzigstundenvorstellung verlangt. Jetzt müssen wir vielleicht die Stundenhöchstzahl noch weiter herabsetzen. Die Unternehmer sträuben sich immer noch gegen die Vierzigstundenvorstellung, weil sie nicht auf die Möglichkeit verzichten wollen, bei günstigerer Konjunktur die Arbeitszeit wieder zu verlängern, obwohl es offensichtlich ist, daß auch in besseren Zeiten längst nicht alle Arbeiter, die jetzt erwerbslos sind, bei mehr als vierzigstündiger Arbeitszeit wieder in Arbeit gebracht werden können. So weit man sieht, ist nur in der Tischschloßerei infolge der Bemühungen des dortigen sozialdemokratischen Arbeitsministers ein Gegenwärtiger zur Verwirklichung der Arbeitszeit eingebracht worden, aber auch das Schicksal dieses Entwurfs ist noch ungewiß. — Verwirklichung der Arbeitszeit bedeutet noch keine unmittelbare Beseitigung der Wirtschaft. Neue Arbeit muß geschaffen werden. Wir begrüßen deshalb lebhaft den vom Direktor des Internationalen Arbeitsamts Albert Thomas entwickelten Plan, auf internationalem Weg zu einem großen Arbeitsbeschaffungsprogramm zu gelangen. Bitter enttäuscht aber müssen wir feststellen, daß Kleinmut und Verzagtheit, vielleicht auch die gegenseitige Konturrenz der Nationen die weitere Verfolgung des Planes gefährden. Die Finanzierung des Plans von Albert Thomas ist — wir leugnen das nicht — ein schweres Stück Arbeit. Aus diesem Grunde haben wir uns bemüht, unsererseits Vorschläge zur Beschaffung des Kapitals für die Durchführung des internationalen Arbeitsbeschaffungsprogramms vorzubereiten. Souhag hat mit seinen Freunden einen Plan ausgearbeitet, wonach die Notenbanken derjenigen europäischen Länder, die einen Goldüberschuß besitzen, verpflichtet werden, einen Teil dieses Überschusses zum Zweck einer Arbeitsbeschaffungsanleihe zur Verfügung zu stellen. Ein weitergehender Plan, der die aktive Mitwirkung auch der übrigen Länder vorsieht, die keinen Goldüberschuß aufweisen, ist von einigen Sachverständigen im Auftrag des VGB-Vorstandes ausgearbeitet worden. Einzelheiten über die von uns beratenen Pläne schon jetzt mitzuteilen, ist ungewiss. Ich richte aber an alle Landeszentralen die Aufforderung, unsere Arbeiten dadurch zu unterstützen, daß sie immer wieder von ihren Regierungen ein Arbeitsbeschaffungsprogramm fordern, daß sie unablässig auf die Bemühungen des Internationalen Arbeitsamts hinweisen und die rege Mitarbeit ihrer Regierungen vor allem in der Frage der Finanzierung fordern.

Was eigener Kraft kann das kapitalistische System diese Krise nicht mehr überwinden. Sein Autokratismus hat verlagert. Seine Selbstheilungskräfte sind unerschöpfbar geworden. Nur eine planmäßige Bewirtschaftung der produktiven Kräfte wird die Krise überwinden. Bei dem Kampf nach einem Ausweg aus der Krise haben wir mit immer stärker werdendem Widerstand der sozialen Reaktion sowie der nationalstaatlichen und sektorspezifischen Kräfte zu rechnen; denn diese wollen ja die Krise dazu benutzen, um das Befreiungswort der Arbeiterklasse ein für allemal unmöglich zu machen. Gefährlich und bedenklich sind auch die Versuche der Politiker, die Wirtschaft ihren politischen Zielen dienstbar zu machen. Daher richte ich an die Politiker die dringende Mahnung; zerstückt nicht die Grundlagen des Wohlstandes eurer Völker, indem ihr versucht, ihnen auf dem Wege politischer Machtentfaltung Vorteile zu erlangen, die sie letzten Endes mit schweren wirtschaftlichen Nachteilen bezahlen müssen. An alle verantwortlichen Leiter der Politik, die trotz einer erstaunlichen Reiselustigkeit und persönlicher Fühlungnahme und freundlichen Reden nicht einmal eine Abschwächung der Wirtschaftskrise erreichen, richte ich mit den Worten des Völkervereinigungsausschusses den Appell, ohne Bezug zu Entscheidungen zu kommen, um eine Besserung der Krise herbeizuführen, die gleichermaßen auf allen lastet. Wir brauchen keine Worte mehr, wir wollen endlich Taten sehen, damit die Welt wieder ein friedliches Antlitz erhält — damit die Menschheit endlich glücklich werde!

Nach eingehender Aussprache sagte der Ausschuß seine Auffassung in folgender Entschließung zusammen: „Mehr als 25 Millionen Arbeitslose in der Welt sind der suchtbare Beweis für die Tatsache, daß der Kapitalismus nicht imstande ist, einen Ausweg aus der durch ihn verschuldeten Wirtschaftskrise zu finden. Produktion und Umsatz sind in nie dagewesenem Maße zusammengekrumpft, Kreditkrisen und Währungsverfall haben die Zerreißen der weltwirtschaftlichen Bindungen beschleunigt. Jollkrieg herrscht an Stelle der notwendigen handelspolitischen Abstützung, Protektionismus in all seinen Formen verschärft das Tempo der Wirtschaftsdrosselung.“

Die Anarchie des kapitalistischen Systems endete im Chaos der Krise, deren politische Begleiterscheinungen die Freiheit der Arbeiterklasse bedrohen.

Seit mehr als 10 Jahren hat der VGB, die Forderungen aufgestellt und vertreten, deren Erfüllung die ungeheure Notlage der Welt verhindert hätte; in den Wirtschaftspolitischen Richtlinien, zuletzt im Züricher Programm 1931, sind diese Forderungen klar formuliert.

Im Namen seiner 14 Millionen Mitglieder und für die 25 Millionen Arbeitslosen in der Welt fordert der VGB, daß endlich die Forderungen aus dem Verlangen der kapitalistischen Wirtschaft gezogen werden und der Umbau der Wirtschaft erfolgt, ohne den es keinen Ausweg aus der Krise gibt.

Im Vordergrund der sofortigen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung muß Arbeitsbeschaffung für das Millionenheer der Erwerbslosen stehen. Der VGB verlangt mit allem Nachdruck, daß die vorhandenen Kreditmöglichkeiten nicht mehr für Rüstungszwecke und die Subventionierung fiskalnationalistischer und bankrotter Wirtschaftsbetriebe verschleudert, sondern zur Finanzierung großzügiger Arbeitsbeschaffung verwendet werden.

Gleichzeitig muß endlich die Konsequenz aus der Tatsache gezogen werden, daß die vorhandene Arbeit in der Welt nicht mehr ausreicht, um alle Arbeiter und Angestellten voll zu beschäftigen. Rationalisierung und Krise zwingen gebieterisch, die Vierzigstundenvorstellung bzw. Fünftagewoche als Höchstbau der Arbeitszeit in allen Betrieben und allen Ländern endlich gesetzlich durchzuführen.

Zugleich mit diesen unmittelbaren Maßnahmen zur Überwindung der Krise muß damit begonnen werden, die Wirtschaft umzubauen. Die letzten Jahre lassen eindeutig erkennen, daß die Entwicklung in der Welt zur Formierung großer, in sich geschlossener Wirtschaftseinheiten führt. Besonders dringlich ist die Aufgabe, Europa als Wirtschaftseinheit zu organisieren, unbeschadet, ob und wann andere Teile der Welt sich zu planmäßiger Wirtschaftsführung zusammenfinden.

Diese großen Wirtschaftsgebiete dürfen nicht zu neuen Hochburgen für den Monopolkapitalismus werden. Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, sie mit ihrem ganzen Einfluß zu planvollere geteilter Produktion unter dem Gesichtspunkt der Bedürfnisbefriedigung zu gestalten. Mit der Umformung der Gesamtwirtschaft, die das Gefüge der Welt neu entwickelt, muß daher die Erweiterung des Einflusses der öffentlichen Hand auf allen wichtigen Gebieten des Wirtschaftslebens parallel gehen.

Der VGB wiederholt eindringlich die wichtigsten internationalen Forderungen des Tages: Planmäßige Rohstoffgewinnung — planmäßige Güterverteilung — Planwirtschaft im Kreditwesen durch Vereinheitlichung des Notenbankwesens — Regelung des Geldwesens durch Schaffung einer internationalen Währungseinheit — schärfste Aufsicht über Banken und Börsen durch demokratische Kontrollämter — Brechung der kapitalistischen Monopolgewalten durch schärfste Monopolkontrolle.

Mehr als je ist es heute die Pflicht aller Arbeiterorganisationen, diese unbedingt notwendigen Forderungen im Interesse der internationalen Gesamtlösung solidarisch und ohne Rücksichtnahme auf die zeitweiligen engeren Interessen eines einzelnen Landes mit allem Nachdruck zu verteidigen.“

Bundesausschussprüfung des VGB.

Am 22. März 1932 trat der Ausschuß des VGB im Berliner Hotel „Europa“ zu seiner 10. Sitzung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung gedachte Leipziger in eingehenden Worten Paul Umbrechts, der am 21. März mittags aus einer reichen Tätigkeit heraus uns entziffen worden ist. Leipziger leitete seinen Bericht mit einer Darlegung der Gründe ein, die den Bundesvorstand zu einer Verlegung des Termins für den außerordentlichen Gewerkschafts-kongress veranlaßt haben. Der Kongress wird in der Woche nach dem 10. April stattfinden. Der Bundesausschuß stimmt der Verschiebung des Kongresses zu.

Die gewerkschaftliche Betreuung der Arbeitslosen wird noch auf lange Zeit hinaus eine der zentralen Aufgaben der Gewerkschaften sein. Der Bundesvorstand hat sich in seinen letzten Sitzungen besonders eingehend mit ihren Organisationsmöglichkeiten beschäftigt. Von Seiten eines Verbandes war angeregt worden, eine besondere Organisation der Arbeitslosen im Anschluß an die Ortsauschüsse aufzuziehen. Nach Auffassung des Bundesvorstandes kommt eine besondere Organisation der Arbeitslosen nicht in Frage, vielmehr bleibt es Aufgabe der Verbände, die Beitragsbedingungen für ihre arbeitslos werdenden Mitglieder so zu erleichtern, daß sie ihre Mitgliedschaft in den Verbänden aufrechterhalten können. Zur geistigen und materiellen Betreuung der Arbeitslosen bei der Beschaffung von Mitteln und Arbeitsmöglichkeiten leisten die Ortsauschüsse bereits außerordentliches. Gewerkschaftliche Arbeitslosen-Auschüsse werden für die zweckmäßige Zusammenfassung der Arbeitslosen zu empfehlen sein. Die Verbindung mit allen Stellen, die sich der Vorsorge für die Arbeitslosen widmen, sollte von den Ortsauschüssen besonders gepflegt werden. Die jugendlichen Arbeitslosen müssen mit besonderer Hingabe betreut werden. Gerade die letztere Aufgabe gehört zu den wichtigsten, vor die die Gewerkschaften gerade in dieser Zeit der Not gestellt sind. Sie steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes, der in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten stark propagiert wird. Die arbeitsmarktpolitischen und arbeitsrechtlichen Bedenken, die gegen die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes bestehen, sind im Märzheft der „Arbeit“ von Dr. Bruno Broecker behandelt worden. Es kommt darauf an, nur solche Arbeiten auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durchführen zu lassen, die eindeutig zufällige Arbeiten sind und weder arbeitsmarktpolitisch noch arbeitsrechtlich eine Gefahr für die Arbeiter bedeuten.

In der Aussprache wurde von den Verbandsvertretern betont, daß alle Gewerkschaften sich nachdrücklich bemühen, die arbeitslos gewordenen Mitglieder durch Erleichterung der Beitragszahlung den Organisationen zu erhalten. Eine besondere Organisation der Arbeitslosen zu schaffen, wurde entschieden abgelehnt. Die Betreuung der Arbeitslosen muß in erster Linie eine Aufgabe der Verbände bleiben.

Der Bundesauschuß war der Meinung, daß die Kommission für Verfassungsreform eine einheitliche Stellungnahme vorbereiten soll.

In der Debatte wurde auch von einer Reihe von Verbandsvertretern darauf hingewiesen, daß bei Arbeitsanfall sehr häufig eine namentliche Anforderung von Arbeitsträgen üblich ist. Gegen diese vom Gesetz zugelassene Praxis würden Bedenken geltend gemacht, weil dadurch vielfach langfristige Arbeitslosen erschwert wird, wieder in Arbeit zu kommen. Demgegenüber wurde von Seiten des Bundesvorstandes hervorgehoben, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur auf dem Wege des Tarifvertrages möglich ist, durch besondere Bestimmungen über die Benutzung der Arbeitsnachweise eine Änderung zu erreichen.

Die außerordentlichen Nachbefugnisse des Reichspräsidenten

Die Parole der Gewerkschaften für den 13. März lautete: Schlag Hitler! Die zwingende Notwendigkeit der reiflichen Befolgung dieser Parole ergibt sich aus für den zweiten Wahlgang am 10. April und aus einem Blick auf die außerordentlichen Nachbefugnisse, die die Reichsverfassung dem Reichspräsidenten gibt.

Nach Artikel 41 wird der Reichspräsident vom ganzen deutschen Volk gewählt. Nach Artikel 42 hat er bei Übernahme seines Amtes vor dem Reichstag folgenden Eid zu leisten: „Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“ Jeder ruhig und objektiv Urteilende wird zugeben, daß Sündenbürg seinen Eid gewissenhaft gehalten hat, darum auch das eifrige Bestreben aller Reaktionäre, seine Wiederwahl zu verhindern. Eine Wahl Hitlers würde dagegen den Staatsreich bedeuten, denn er und seine Partei sind erbitterte Gegner der Republik und der in der Reichsverfassung niedergelegten Volksrechte.

Welche Befugnisse hat nun der Reichspräsident: Er vertritt nach Artikel 45 das Reich völkerrechtlich. Er schließt im Namen des Reiches Bündnisse und andere Verträge mit auswärtigen Mächten. Soweit sich Bündnisse und Verträge auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen sie jedoch der Zustimmung des Reichstages. Der Reichspräsident ernannt nach Artikel 46 die Reichsbeamten und Offiziere und hat auch über deren Entlassung zu bestimmen, soweit nicht durch Gesetz etwas anderes bestimmt ist. Nach Artikel 47 hat er den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches inne. Von ganz besonderer Bedeutung für seine Befugnisse aus Artikel 48. Dort heißt es: Wenn ein Land in Not ist, nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen abliegende Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten. Er kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zweck darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen. Von allen diesen Maßnahmen hat er dem Reichstag unverzüglich Kenntnis zu geben, auf Verlangen des Reichstages sind sie außer Kraft zu setzen. Bei Gefahr im Verzuge können auch die Landesregierungen Maßnahmen der oben im zweiten Satz bezeichneten Art treffen, die dann wiederum auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstages außer Kraft zu setzen sind.

Der Reichspräsident kann also vorübergehend außerordentlich wichtige Grundrechte außer Kraft setzen, so die Rechte, die die Freiheit der Person, die Unverletzlichkeit der Wohnung, das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechtsgeheimnis, die Rede- und Pressefreiheit, das Versammlungs- und Vereinsrecht sowie das Eigentumsrecht betreffen. Dazu kommt das Notverordnungsrecht auf Grund des Artikels 48.

Der Reichspräsident kann den Reichstag auflösen. Et übt für das Reich das Begnadigungsrecht aus; Reichsangehörigen bedürfen dagegen eines Reichsgesetzes. Der Reichstanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen.

Nach Artikel 70 hat der Reichspräsident die verfassungsmäßig zustande gekommenen Gesetze auszufertigen und binnen Monatsfrist im „Reichsgesetzblatt“ zu veröffentlichen. Nach Artikel 73 ist ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz vor seiner Verkündung zum Volksentwurf zu bringen, wenn der Reichspräsident mit dem Gesetz nicht einverstanden ist. Auch bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichstag und Reichsrat über ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz kann der Reichspräsident letzten Endes mit der Anordnung des Volksentwurfes eingreifen.

Diese kurze Aufzählung der Befugnisse des Reichspräsidenten zeigt uns mit aller Deutlichkeit, welche außerordentlichen Gefahren und Konflikte entstehen müssen, wenn diese Macht in die Hände eines Hitler gelegt werden würde. Wer deshalb nicht den Bürgerkrieg und das Chaos will, muß der Parole der Gewerkschaften und der Eisernen Front: „Schlagt Hitler!“ folgen. Niemand darf beiseite stehen, auf jede Stimme kommt es an!

Das Buchgewerbe im Ausland

Österreich. Die Unternehmer des graphischen Gewerbes großen über die wiederholte einmütige Ablehnung ihrer Forderung nach Einführung der Kurzarbeit und finnen nach Nach. In einem Zirkular des Unternehmerverbandes an seine Mitglieder werden diese dahin instruiert, alle nur irgendwie entbehrlichen Arbeiter aufs Pfahler zu werfen, „es sei denn, daß die Arbeiter ihre bisherige Haltung (begünstigt der Kurzarbeit) ändern...“ Diese „menschenfreundliche“ Aufforderung ist aber insofern schon illusorisch, als es ja sicher keinen Unternehmer im ganzen Lande mehr gibt, der einen auch nur zum Teil überflüssigen Arbeiter noch behalten würde. Neben diesem quasi offiziellen Zirkular ging eine freilich nicht für die Öffentlichkeit bestimmte, aber der Organisationsleitung doch bekannt gewordene Zuschrift des Unternehmerverbandes einher, in der ganz unverblümt gefordert wird, als Antwort auf die Ablehnung der Kurzarbeit mit Kündigungen vorzugehen, um auf diese Weise einen Druck auf die Gehilfenorganisation auszuüben, sie für die Kurzarbeit gezügiger zu machen und ihre Organisationsklasse zu erschöpfen. Diese nun endlich eingestandene Absicht der Unternehmer war restlos allen Arbeitern bei der jedesmaligen Disfakturierung der Unternehmerforderung nach Einführung der Kurzarbeit klar und bei ihrer Ablehnung auch immer entscheidend. — Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Finanzgebarung des österreichischen Verbandes liegen nun in der Korbhitzung bereits vor. Den Gesamteinnahmen von 1556 000 Schilling stehen Gesamtausgaben von 1 725 000 Schilling gegenüber. Von dem also etwa 170 000 Schilling betragenden Defizit entfällt nur der unbeträchtliche Teil von 9000 Schilling auf die Hilfsarbeitergruppe, den Großteil des Defizits hat die Gehilfenengruppe zu tragen. Von den Ausgaben bei den Gehilfen fällt vor allem die Invalidenunterstützung in der Höhe von rund 723 000 Schilling (9 Proz. mehr als im Vorjahr) schwer ins Gewicht, der sich gleich die Arbeitslosenunterstützung anreicht, von der an normaler und Krisenunterstützung an Gehilfen allein rund 686 000 Schilling verausgabt wurden, zusammen also für diese beiden Unterhaltungen allein an die Gehilfen rund 1 410 000 Schilling. Es ist klar, daß diese fortlaufende Defizitgebarung zu schnellem Handeln zwingt, und so sah sich der Zentralausschuß der Organisation veranlaßt, zu früherer Zeit, als sonst üblich, die Reichsgeneralsversammlung nach Wien zum 3. April d. J. einzuuberufen, der dann die sicher nicht dankbare und nicht leichte Aufgabe zufallen wird, durch eine Reform im Beitrags- und Unterstütlungsweisen das Gleichgewicht im Organisationshaushalt wiederherzustellen. — Von allen Sparten des Buchgewerbes ist wohl die der Schriftgießer, Steco-typenre und Galvanoplastiker Wiens von der Krise am meisten in Mitleidenchaft gezogen. 280 in Arbeit stehende Mitglieder dieses Klubs leisten — neben ihren Verpflichtungen an die Mutterorganisation — an etwa 100 arbeitslose Spartenmitglieder wöchentlich 4,20 Schilling in unbegrenzter Dauer, an etwa 40 invalide Kollegen 6 Schilling monatlich, an ihre kranken Mitglieder 24 Schilling monatlich; außerdem erhalten die arbeitslosen Spartenkollegen jeden dritten Monat noch einen Zuschuß je nach der Notlage von 15 bis 50 Schilling. Im Sterbefall gelangen 1000 Schilling an die Mitglieder zur Auszahlung. Der Mitgliedsbeitrag an die Sparte beträgt dergest 3 Proz. des Wochenlohns. Ein schönes Beispiel kollegialer Opferbereitschaft!

Tschechoslowakei. Nun sind auch die graphischen Unternehmer der Tschechoslowakei im Begriff, ihre durch die allgemeine Wirtschaftskrise und hauptsächlich durch die Orgien der Schmuckkonkurrenz bedrohte Profitquote durch einen geplanten Lohnabbau wieder weitzumachen. Zuerst machten sich in einzelnen Unternehmungen Bestrebungen geltend, Kurzarbeit oder das Ansehen der Arbeit — mit entsprechendem Lohnausfall — durchzudrücken. Dann folgten vergebliche Versuche, die überparteilichen Löhne, die Qualifikationszulagen, abzubauen. Aus all diesen einzelnen, sich immer mehr wiederholenden Aktionen der Unternehmer ging überzeugend hervor, daß es sich um ein planmäßiges und vereinbartes Vorgehen der Unternehmer handelt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gehilfenschaft nach vor dem für etwas später ins Auge gefaßten allgemeinen und einheitlichen Angriff zu einem ausgiebigen Lohnabbau zu verschlechtern. Als die Gehilfenorganisation auf Umwegen in Erfahrung brachte, daß die Unternehmer den Verband der graphischen Gremien beauftragte, die Lohnabbauaktion derart zu forcieren, daß die in einer gemeinsamen Konferenz mit der Gehilfenschaft zu vereinbarenden reduzierten Minimallohne noch vor Ablauf des Vierteljahres zu publizieren und schon im April in Wirksamkeit zu treten hätten, gab die Leitung der Gehilfenorganisation den Mitgliedern im ganzen Verbandsgebiet sofort Gelegenheit, in Versammlungen ihren Standpunkt zu dem hinterlistigen Vorschlag der Unternehmer zu präzisieren. In allen diesen Versammlungen war man sich über die Absichten der Unternehmer klar, die Morgenluft wittern und glauben, die Zeitzeit sei günstig zu Lohnherabsetzungen, die Gehilfenschaft auf die Knie zu zwingen und ihre Organisation finanziell zu erschöpfen und so lahmzulegen. Dabei steuern die Unternehmer für die Arbeitslosen, deren Zahl in den letzten Wochen auf 1200 Gehilfen stieg, absolut nichts bei und überlassen die Sorge für diese einzig der Gehilfenschaft. In allen Orten protestierte die Arbeiterschaft mit aller Energie gegen die Absicht der Unternehmer, ihren Lebensstandard herabzudrücken und erklärte ihnen,

Sechzig Jahre Verbandsmitglied



Hermann Elle in Oesteren
Eingetretten: 1. April 1872 — Jetzt Invalide



Karl Ahms in Berlin
Eingetretten: 1. April 1872
Jetzt Invalide



Adolf Müller in Berlin
Eingetretten: 1. April 1872
H. S. Hermann

Fünzig Jahre Verbandsmitglied



Wilhelm Lustig in Berlin
Eingetretten: 28. Januar 1882
H. S. Hermann



Paul Linke in Berlin
Eingetretten: 1. Mai 1882
H. S. Hermann



Ernst Walther in Halle a. S.
Eingetretten: 1. April 1882
Jetzt Invalide



Franz Fischer in Altenburg
Eingetretten: 1. April 1882.
Jetzt Invalide



Hermann Sonntag in Barfinghausen b. Hannover
Eingetretten: 27. März 1882 in Nosen — Jetzt Invalide

daß sie sich gegen die durch nichts begründete Lohnreduzierung mit aller Kraft und selbst mit den äußersten Mitteln zur Wehr setzen werde. Des Weiteren kam in allen diesen Versammlungen auch noch der einheitliche Wille aller Mitglieder zum Ausdruck, die größten moralischen und finanziellen Opfer nicht nur für die Abwehr des tödlichen Unternehmerangriffs, sondern auch zugunsten der immer zahlreicher werdenden Opfer der Wirtschaftskrise, der Arbeitslosen, zu bringen. Als die Druckvertrauensmänner nach den Protestversammlungen bei ihren Unternehmern erschienen, um ihnen den schärfsten ablehnenden Standpunkt in der gänzlich ungerechtfertigten Lohnabbauaktion bekanntzugeben, stellte es sich heraus, daß der weitaus überwiegende Unternehmerteil von einer solchen geplanten Aktion gar nichts wußte, wie dieser Teil auch erklärte, daß selbst ein Lohnabbau bei der heutigen Wirtschaftskrise den Unternehmungen nicht helfen könne. Nichtsdestoweniger setzte es der Schatzmacherlingel aus den vorwiegend böhmischen Gremien, der schon von einem Lohnraub von 25 bis 30 Proz. träumte, doch durch, daß die Gehilfenorganisation zu einer Konferenz über den Lohnabbau aufgefordert wurde, die nach zähem Verhandeln damit endete, daß wegen des Widerstandes der Arbeitervertreter ein Lohnabbau undurchführbar erschien und somit die bisherigen Löhne auch weiterhin in Geltung zu bleiben haben. Die Unternehmer kündigten jedoch an, daß sie zu gelegener Zeit abermals mit ihrer Lohnabbauforderung kommen würden. — Zu einem Schlußreife der Lehrlinge aus ganz eigenartigen Motiven kam es kürzlich an der Prager Fachschule für das Reproduktionsgewerbe, Abteilung Chemigraphie. Weil in dieser Abteilung teilweise auch Privatarbeiten hergestellt wurden, veranlaßten die Prinzipale ihre Lehrlinge, gegen diese unerwünschte Konkurrenz mit einem Schultreibe zu protestieren. — Die Genossenschaft der Prager Buchdrucker ist ein Vorbild regsten Gemeinschaftsfinnes. Zu den von dieser Genossenschaft bereits erbauten acht Häusern sind im vorigen Jahr fünf weitere mit 88 Wohnungen hinzugekommen. Durch weitere Bauten dieser Genossenschaft wird allen Prager Kollegen, die keine oder eine schlechte Wohnung haben, Gelegenheit geboten, in diesen Häusern gesund und bequem zu wohnen.

Dänemark. Mit Beendigung des umfassenden Konflikts im dänischen Wirtschaftsleben ist auch der Provinzstarif für Buchdruckerarbeiten verlängert worden. Es war nämlich Voraussetzung für Beilegung des Konflikts, daß alle Tarife unverändert verlängert würden. Der dänische Provinztarif für Buchdruckerarbeiten läuft am 1. Juli ab, und nach Beschluß des Hauptvorstandes wurde der Verlängerungsvorschlag am 13. Februar den Ortsgruppen zur Abstimmung überhandt. Am 15. Februar lagen die Resultate vor, die eine große Mehrheit für den Vorschlag zeigten. Kopenhagen hat seinen eignen Tarif mit andern Teilm.

Norwegen. Wie im letzten Bericht mitgeteilt, war die Entscheidung über den Tarif für die Osloer Zeitungsbetriebe dem Arbeitsgericht übertragen worden. In letzter Stunde jedoch ist man zu einer gütlichen Lösung gekommen. Demnach tritt am 18. März eine Lohnsenkung von 5 Proz. ein, während die Bestimmungen über Arbeitszeit und Überstundenvergütung bis zum 31. März 1935 unverändert bleiben. Da nach der Forderung der Unternehmer sowohl einzelne Arbeitszeitbestimmungen für Nachtarbeit sowie einzelne Überstundenzulagen verschlechtert werden sollten, und der Spruch des Arbeitsgerichts ohne Zweifel im Sinne der Unternehmer gefallen wäre, was es zu begrüßen, daß die Versammlung der Osloer Typographen den Unterhändlern Ermächtigung zum Abschluß der Tarifverhandlungen gab. — Im Storching wurde beschlossen, das Gesetz über den Staatsbeitrag an die Arbeitslosenklassen der Gewerkschaften dahin zu verändern, daß die Beiträge des Staates bei Unterstütlungen bis zu 4 Kr. pro Tag zur Hälfte, bei 4 bis 5 Kr. um ein Viertel ermäßigt werden und bei über 5 Kr. ganz wegfallen. Für den norwegischen Verband bedeutet das eine wesentliche Einbuße.

Belgien. Die Zeiten sind ernst für die belgische graphische Arbeiterschaft. Das Unternehmertum wittert Morgenluft; es rechnet, ansehend nicht mit Unrecht, mit der Uneinigkeit der Gehilfenschaft und möchte der internationalen kapitalistischen Parole auf Lohnsenkung, Preisabbau und wie die sonstigen Schlagworte alle heißen, in möglichst weitgehendem Maße zur Durchführung verhelfen. Es ist nicht zu verkennen, daß die unglücklichen Ereignisse in der Section Brüssel vom Jahr 1931 diesem Vorhaben der Prinzipalität in mehr als einer Hinsicht Vorschub geleistet haben. Am so schaffter sind daher auch die Anstrengungen zu begrüßen, die man in führenden Kreisen der Buchdrucker Brüssels augenblicklich macht, um baldmöglichst eine Wendung der Verhältnisse zugunsten der Gehilfenschaft herbeizuführen. Am 20. März fand im Brüsseler Sommerpalast eine Zusammenkunft für die Gesamtarbeiterschaft des graphischen Gewerbes statt, die zum Ziel hat, ein allgemeines graphisches Kartell für die belgische Hauptstadt ins Leben zu rufen. Man weiß, daß die Kartellierung der graphischen Arbeiterschaft des ganzen Landes bisher nicht zu realisieren war, und zwar infolge der tiefgehenden Gegensätze in den Anschauungen der Leitung des Typographenbundes und derjenigen der Lithographen- bzw. Buchbinderverbände, Gegensätze, die teilweise ausgesprochen politischen Motiven entspringen. Brüssel will nun den Versuch im engeren Rahmen wiederholen. Möge er der Vorbote werden für die definitive und dauernde Entente der Berufsangehörigen des graphischen Gewerbes des ganzen Landes! — Gleichsam als Werk für den geplanten

Zusammenschluß und die Wiedererfassung der abgesprengten Mitglieder der „Association Typographique“ von Brüssel veröffentlichte deren Organ, die „Voix Typographique“, einen längeren Leitartikel, worin zahlreich nachgewiesen wird, was die Brüsseler Arbeitsorganisation der Buchdrucker in Zusammenarbeit mit dem Landesverband, manchmal auch als Schriftmacher, auf lohnpolitischem Gebiet in den Nachkriegsjahren für die Berufsangehörigen geleistet hat. — Unter dem Titel „An alle Verbandsmitglieder“ veröffentlichte die „Fédération Typographique Belge“ folgende Mitteilung: „Auf Anregung der Section Antwerpen hatte der Zentralvorstand im Verein mit der Spezialkommission einen außerordentlichen Kongreß einberufen, um die durch die Gründung des besonderen Syndikats in Brüssel geschaffene Lage zu prüfen. Die Spezialkommission hatte neue Verhandlungen mit den Interessenten gepflogen, in der Hoffnung, dem Kongreß Vorschläge unterbreiten zu können, die die Basis zu einer Einigung in sich schließen. Der Kongreß mußte verschoben werden, weil die Verhandlungen sich länger hinzogen, als man angenommen hatte. Die Kommission hat nunmehr dem Zentralvorstand ihren Bericht übermittelt. Es geht daraus unzweifelhaft hervor, daß angesichts der Unverhältnißlichkeit und der Willkürigkeit der Führer des Brüsseler Syndikats auf eine Verständigung vorderhand nicht zu rechnen ist. Wir überlassen die volle Verantwortlichkeit für die Ereignisse, die aus dieser Halsstarrigkeit der bisshenigen Führer sonder Zweifel erwachsen werden, diesen Leuten, die sich stets als Wächter über die Disziplin und Geschlossenheit der organisierten Buchdrucker ausgegeben haben, und die nunmehr ihrerseits die Kongreßbeschlüsse mißachten und sich das Recht anmaßten haben, die Einheit der Brüsseler Buchdrucker zu zerstören, ohne auch nur ihre Anhänger um ihre Meinung gefragt zu haben. Und dies in einem Augenblick, wo es mehr denn je nottut, geeint den Angriffen der Prinzipale gegenüberzutreten. Wir überlassen unsern Mitgliedern die Beurteilung dieser verwerflichen Machenschaften und legen von der Einberufung eines Spezialkongresses ab. Es folgte dann der ausführliche Bericht der Spezialkommission, dem zwei Stellen entnommen seien: Nach den Erklärungen der Führer des gelben Syndikats sei eine Einigung nur möglich, indem alle Mitglieder der alten Kassektion Brüssel ihre Organisation verließen und sich dem gelben Syndikat anschließen (letzteres zählt angeblich 500 Mitglieder, die Sektion Brüssel 2305 Angehörige). Im Schlußsatz des Berichts hält der Kommissionsberichterstatter darauf, zu erklären, daß, entgegen den darauf bezüglichen Gerüchten, der nunmehr zurücktretende Generalsekretär Theunissen alles getan habe, was in seiner Macht lag, die bisshenigen Führer von ihrem unverhältnißlichen Standpunkt abzubringen und der Verbandsache zum Sieg zu verhelfen. Es könne mithin in dieser Hinsicht gegen Theunissen kein Tadel erhoben werden; Kollege Waterhoof als Präsident der Spezialkommission sei in dieser Beziehung mit dem Berichterstatter einig.

Großbritannien. Ein neues Abereinkommen zwischen den Zeitungen des Northen- und des Northmerer-Kongressen hat nicht geringe Unruhe bei den Zeitungsarbeitern ganz Englands ausgelöst. Der gravierendste Teil dieses Abereinkommens, das den bittersten und unruhigsten wirtschaftlichen Kampf, den man je in England gesehen hat, zum Schweigen bringt, war für uns Buchdrucker die plötzliche Einstellung von drei großen Abendzeitungen in Newcastle, Bristol und Derby. Die damit verknüpfte Arbeitsverminderung war katastrophal für die Mehrzahl der davon betroffenen Arbeiter, denn sie haben nicht die geringste Hoffnung, Beschäftigung bei den überlebenden Zeitungen zu bekommen. Im ganzen wurden mehr als tausend erfahrene Buchdrucker fast ohne jede Warnung auf die Straße gesetzt, und unter den heutigen Umständen ist es sehr schwer zu sagen, wann sie wieder Arbeit finden werden. Die Aussichten für sie sind äußerst trübe, und die meisten müssen Zuflucht zur Unterstützung ihrer schon überlasteten Gewerkschaften nehmen. Nord Northmerer, eine der hervorragendsten Personen in dem wirtschaftlichen Kampf und Schöpfer des pomphaften Planes, eine Anzahl von neuen erstklassigen Abendzeitungen für ganz England zu gründen, hat 10 000 Pfund Sterling zur Erleichterung der Not der arbeitslosen Kollegen gegeben. Aber diese Summe kann nur teilweise die Unterstützungskosten mildern, die den arbeitenden Kollegen zufallen. Die Verleger versuchen, die Schuld für das Zusammenbrechen der Zeitungen den Gewerkschaften zuzuschreiben. Die Herstellungskosten einer modernen Zeitung, insbesondere infolge der weit über dem Kriegsniveau liegenden Löhne, seien so hoch, daß der Betrieb nicht mehr rentabel sei. Diese Behauptung der Verleger ist jedoch erweislich falsch. Wenn die jetzigen Löhne etwas höher sind als in der Vorkriegszeit, so auch die Kosten der Lebensbedürfnisse. Demgegenüber aber liegen der Verkaufspreis der Abendzeitungen und die Anzeigenpreise 100 Proz. höher als in der Vorkriegszeit. Die Gewerkschaften weisen es natürlich entschieden zurück, daß sie für das Zusammenfallen dieser Zeitungen verantwortlich gemacht werden. Im Gegenteil war die wilde Profitpolitik einiger prominenter Personen in der Zeitungswelt Beitrittens daran allein schuldig. Das Direktorium dieser Aktiengesellschaften ließ kostspielige Gebäude bauen; streute Geld mit vollen Händen aus, um die Gunst des Lesepublikums durch freie Versicherungen usw. zu gewinnen, und versuchte auf jede Weise, die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Das Resultat dieser wilden Politik war unvermeidlich, nämlich finanzielle Erschöpfung der Unternehmungen selbst, Unfähigkeit und schließlich Not für Hunderte unschuldiger Buchdrucker. In der Zwischenzeit

geht es mit dem Arbeiterorgan „Daily Herald“ auffallend vorwärts. Es hat heute fast zwei Millionen Leser täglich und genießt auch als Insertionsorgan hohes Ansehen. — Die allgemeine Lage im Buchdruckgewerbe Britanniens gestaltet sich von Woche zu Woche schimmer. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt fortgesetzt zu, und Hand in Hand damit geht eine Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage.

Korrespondenzen

Duisburg. (Handsetzer.) Nach langer Pause hatte unsere Vereinigung ihre Mitglieder zur Jahresversammlung zum jüngeren Verhältnisse entsprechend möglich. Es erfolgte zunächst die Ehrengabe eines verstorbenen Mitgliedes. Vorherging der Bericht über den Jahresverlauf, dabei betonen, daß unser Bezirk besonders hart von der Wirtschaftskrise betroffen ist; sind doch allein im letzten Jahr zwei Großbetriebe eingegangen, so daß von 61 Spartenmitgliedern am Ort allein 34 außer Konkurrenz sind, außerdem wird noch verschiedenartig vertriebt gearbeitet. Dann wurde über die Forderungen der Handsetzer zu den kommenden Mantelartikelforderungen gesprochen. Alle Forderungen liegen sich nur verwirklichen durch eine einge und geschlossene Kollegenchaft. Diese Mahnung mußte jeder bezogenen, und treu zum Verband stehend, jeden Versuch, unsere targa Rechte zu untergraben, energisch abwehren. Die Kasse wies ein Minus auf, das jedoch durch vorjährigen Überschuf gedeckt ist. Der Vorstand wurde trotz vorgemommener Einzelwahl einstimmig wiedergewählt. Infolge der Vermählung der beiden Ortsvereine Duisburg und Hamborn wurde beschloffen, künftig die Bezeichnung Duisburg-Hamborn zu wählen.

Elbing. In unserer Versammlung am 27. Februar sprach Vorhergehender Vorstand dem Kollegen Schöndfeld die herzlichsten Glückwünsche zum 25jährigen Verbandsjubäum aus. Der Ortsverein und seine Mitarbeiter überreichten keine Angebinde. Weiter teilte der Vorhergehende mit, daß Entlassungen im Betrieb der „Elbinger Zeitung“ vorgenommen worden sind, und daß auch im Betrieb der „Freien Presse“ dem gesamten technischen Personal gekündigt worden ist. Die hiesige SPD-Zeitung wird ab 1. März in Königsberg gedruckt, und durch diese Maßnahme werden in Elbing 10 Kollegen arbeitslos. Es waren Verhandlungen angebahnt, daß vielleicht zwei Kollegen nach Königsberg zu übernehmen seien. Der Königsberger Betrieb hat das jedoch abgelehnt. Diese Mitteilung löste eine große Debatte aus. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: „Die hart besetzte Verammlung des Ortsvereins Elbing nimmt mit großer Entrüstung Stellung zu der rigorosen, für jeden freien Gewerkschaftler ganz unverständlichen Maßnahme der Betriebskündigung der hiesigen SPD-Zeitung „Freie Presse“. Wir verlangen bis 1. April 1932 unter allen Umständen Übernahme von mindestens zwei verheirateten Kollegen des Betriebs der „Freien Presse“ in den Königsberger Betriebsbetrieb. Sollte dieser einstimmig gestimmt, Bestätigt nicht ausgeführt werden, so werden wir nichts unversucht lassen, um gegen diese untre Organisation lo ungeheuer schädigende Maßnahme aufs energischste zu wehren.“ Je eine Abschrift dieser Entschließung soll an den Geschäftsführer, den Gewerkschaftler und an die Gesellschaften und den örtlichen Parteivorstand geleistet werden. Die Ortsunterstützung für ausgeleitete Kollegen wurde für 13 Wochen auf den Satz von 2,50 M. festgelegt.

Elbing (D.S.). In unserer Generalversammlung am 28. Februar, die von 78 Kollegen besucht war, gedachte Vorhergehender Vorsitz zunächst der im Vorjahr verstorbenen Kollegen Kramer (Vorhergehender) und Schumura und widmete ihnen einen ehrenden Nachruf. Die Tagesordnung begann mit geschäftlichen Mitteilungen des Vorhergehenden und betraf Bezüge der Arbeitslosen, Meldung beim Arbeitsamt und Arbeitsnachweis und Anträge zu den Mantelartikelforderungen. Hierauf erfolgte die Ehrengabe der Kollegen Lissot und Müller für 25jährige Verbandszugehörigkeit durch längere Ansprache des Vorhergehenden und Überbringung von künstlerisch ausgeführten Diplomen an die Jubilare. Hierauf erstattete der Vorhergehende den Jahresbericht. Bei einer Mitgliederzahl von 128 hat unser Ortsverein 47 Arbeitslose und außerdem noch Kurzarbeiter zu verzeichnen. Futurste löste die Befragungsbogen von freiwilligen Austritten älterer Kollegen aus, die in dieser schweren Zeit dem Verband den Rücken kehren, um (obwohl in voller Arbeitszeit stehend) sich von den Abgaben für Arbeitslose zu drücken. Der Kassenericht vom vierten Quartal wurde zur Kenntnis gebracht. Die Kasse ist trotz starker Sparmaßnahmen vorläufig noch als stabil zu betrachten. Anschließend folgten die Berichte der Preisungsleiter und der Kartelldelegation. Bezirksleiter Czerner berichtete auch über die Zusammenlegung des Fraunachschuldes. Dem Gesamtvorstand wurde hierauf Entlastung erteilt. Bei der sodann vollzogenen Vorstandswahl wurde der Gesamtvorstand in seiner bisherigen Zusammenlegung wiedergewählt. Ein Antrag des Vorstandes: Rückzahlung der Zuschüsse zur Arbeitslosenunterstützung und eventuelle Erhöhung des Ortsbeitrags löste eine rege Debatte aus. Nach verschiedenen Vorschlägen aus der Versammlung heraus wurde ein Vermittlungsvorschlag des Vorhergehenden, den Beitrag zugunsten der arbeitslosen Kollegen um 10 Pf. zu erhöhen und die Zuschüsse statt für sieben nur für sechs Tage jeweils zu zahlen, angenommen. Für ausgesetzte Kollegen bleibt der bisher gezahlte Satz bestehen. Mit dem Wunsch, daß dieses Jahr eine Besserung in der Wirtschaftslage bringen möge, schloß der Vorhergehende die anregend verlaufene Versammlung.

Hagen (Westf.). Am 28. Februar fand hier unsere Bezirksjahresversammlung statt. Fast 300 Kollegen, darunter etwa 140 Arbeitslose, waren erschienen. Nach herzlichem Begrüßungswort an die Teilnehmer und nach rascher Erledigung der „Geschäftlichen Mitteilungen“ erstattete Kollege Gerhard Kentrop als Vorhergehender den Jahresbericht. Er bezeichnete das Jahr 1931 als das schwärzeste seit Bestehen des Bezirks Hagen. Nicht nur in politischer Beziehung sei diese Bezeichnung zutreffend, sondern auch in gewerblicher Hinsicht. Mühten doch hier in Hagen allein aus vier größeren Betrieben die

Kollegen ihre Arbeitsplätze verlassen, weil zwei davon Konkurs anmeldeten und zwei andre geschlossen wurden. Das ganze Jahr hindurch lag sowohl am Vorort Hagen, wie auch im Bezirk die Arbeitslosigkeit erschreckend hoch und die Notlage der Kollegen fast groß gewesen. Der Stand der Bezirkskasse wurde herdurch stark beeinträchtigt. Als Jahr der Noterordnungen hätte sich 1931 Unvergleichlichkeit erworben. Ein Jahr der „Eisernen Front“ folgte ihm, und er richtete den Appell an die gesamte Bezirkskollegenchaft, sich mit einzureihen in die „Eiserne Front“. Am Schluß seiner Ausführungen verabschiedete sich Kollege Kentrop von der Hagenen Kollegenchaft. Die am Vorort tätige Vorstandswahl wurde befristet und Kollege Walter Engstfeld auch zum Vorhergehenden des Bezirks ernannt. Dieser nahm im Auftrag des Gesamtvorstandes und namens der Bezirkskollegenchaft Veranlassung, dem scheidenden Kollegen Kentrop mit herzlichsten Worten für seine vorbildliche Tätigkeit als Bezirksvorhergehender zu danken, betonen, daß die Kollegen sein Scheiden aus tiefster Bewunderung und bittend, auch in Zukunft mit dem Bezirk Hagen verbunden zu bleiben. Aus Gründen der Spartheit wurde noch beschloffen, in diesem Jahr höchstens zwei Bezirksversammlungen abzuhalten, an Fahrtvergütung in Zukunft nur noch Sonntagskarten zu gewähren; sollte eine zweite Bezirksversammlung einberufen werden müssen, dann aus Billigkeitsgründen nach Hagen. Ein kräftiges Hoch befandete am Schluß den Willen der Teilnehmer, trotz Notzeiten fest zu Verband und Führern zu stehen.

Hannover. (Maschinenseher.) Inste Generalversammlung am 28. Februar erfreute sich zahlreicher Besuch. Das Hauptereignis der Versammlung bildete der Vortrag des Vorhergehenden des Ortsvereins, Kollegen Lücke. Der Referent führte über das Thema „Revolution oder Evolution“ folgendes aus: In jedem Thema wolle er die Fragen behandeln, die die Tragödie, die Zersplitterung der Arbeiterchaft, herbeigeführt haben. Während die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften die sozialistische Wirtschaftsform durch die Evolution, d. h. durch die demokratische Entwicklung, erstreben, wolle die kommunistische Partei dieses durch die Revolution erreichen. In dieser taktischen Streitfrage liege die Zersplitterung der Arbeiterchaft begründet und herdurch sei den politischen Demagogen und Verbundlungsmännern das Tor zum Sturm auf die Massen geöffnet. Mit Erfolg deshalb, weil diese sich selbst kein eigenes Urteil bilde, weil sie gern hören, was ihr angenehm klingt und nur zu gern andre Menschen, nur sich selbst nicht, für die schlechten Verhältnisse verantwortlich macht und steinigen möchte. Da von den politischen Einnehmern immer der Marxismus, also die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, als verantwortlich für die Misse der Zeit bezeichnet würde, glaube die denkfaule Masse dies. Die Technisierung trage das Lebensglück der Menschen in sich und werde einmal die Menschen auf eine höhere Kulturstufe erheben. Das dies nicht schon heute der Fall sei, liege an der privatkapitalistischen Wirtschaftsform. Durch die herdurch herbeigeführten Zustände sei der Glaube an das jetzige Wirtschaftssystem erschüttert und die Massen wollen sich über das von uns empfohlene Wirtschaftssystem orientieren. Leider müßten sie das sehen, daß in Rußland, wo ein neues System seit 12 Jahren eingeführt sei, noch heute große Not unter den Menschen herrsche und sie noch immer unter Diktatur und Gewaltherrschaft leben müßten. Keiner schilderte die Gründe der schlechten Lebensverhältnisse der Menschen in Rußland und ist der Auffassung, daß sich das russische Volk noch lange schwere Entbehrungen auferlegen müsse, ehe man dort von einer sozialistischen Wirtschaft, wie wir sie uns vorstellen, reden könne. Das sei der Weg nach einer vollzogenen Revolution, den uns die Kommunisten vorschlägen. In Deutschland aber könne man diesen Weg nicht beschreiten, weil bei uns die Wirkungen einer Revolution wesentlich schlimmer als in Rußland sein würden. In Rußland sei die Revolution Arbeit für kommende Geschlechter, wir aber hätten Gegenwartsarbeit zu leisten. Welt die privatkapitalistische Wirtschaftsform den Boden unter den Füßen schwanken ließe, unterstieße sie den Hiterismus mit ungeheuren Geldmitteln. Für alle, die in der Schicksalsstunde der deutschen Arbeiterchaft den Hiterismus zum Sieg verhelfen würden, würde es einmal ein fürchtbares Erwachen geben. Dasselbe gelte auch für den Kommunismus, der bewußt diese Feinde der Arbeiterchaft in den Sattel heben wolle. In der Ansprache meldeten sich eine ganze Reihe Kollegen zum Wort, die zum großen Teil die Ausführungen des Referenten unterstützten oder ergänzten. Ein Redner zweifelte allerdings die Richtigkeit der über Rußland gemachten Ausführungen an, mußte aber die Sachlichkeit des Referenten gerade über diese Frage anerkennen. Vorhergehender benachrichtigte, wie aus den Gefahren des immer größer werdenden Arbeitslosenheeres hin. Er nahm Bezug auf die einseitigen hoffnungslosen Worte Theodor Leiparts anlässlich der Bundesausschüßung des IOWB und unterbreitete der Versammlung eine Entschließung, die die Einführung der Bierajktundenwoche fordert und vom IOWB verlangt, mit schärfsten Druckmitteln bei der Regierung auf Arbeitsbeschaffung zu dringen. Die Entschließung wurde gegen vier Stimmen angenommen. Der Vorstand wurde in seiner alten Besetzung wiedergewählt.

Mannheim. Inste Generalversammlung am 28. Februar hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Vorhergehender Schramm widmete einem verstorbenen Kollegen einen ehrenden Nachruf. Nachdem eine Aufnahme vollzogen und eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten erledigt worden waren, wurde folgender Entschließung Zustimmung erteilt: „Die Generalversammlung der Mannheimer Buchdrucker spricht den im Kampf um die Leistungszulagen stehenden Berliner Kollegen ihre vollste Sympathie aus und vertritt, im gegebenen Fall ihnen Unterstützung angedeihen zu lassen. So wie die Mannheimer Kollegen im gleichen Kampf gegen eine größere Firma Sieger waren, muß überall dem unerfährlichen Unternehmertum die einige Klassenfront der Arbeitenden entgegengestellt werden.“ Darauf erstattete der Vorhergehende den Jahresbericht. Wenn trotz aller Notzeit uns etwas begeistern kann, so ist es der unerfährliche und feste Organisationsgedanke unserer Kollegenchaft, durch den es dem Verband der Deutschen Buchdrucker möglich war, riesen Summen für die Opfer der Wirtschaftskrise auszu-

geben. In einem Schreiben ersuchten Kollegen, die sich vor einem Jahr durch ihre Zugehörigkeit zur RGD selbst aus unsern Reihen entfernten, um Wiederaufnahme. Der Antrag war von Personal einer andern größeren Druckerei unterstützt. Der Vorsitzende führte aus, daß hierfür der Bezirk nicht zuständig sei. Die Kollegen mußten sich an den Verbandsvorstand wenden. Ein eingegangener Antrag auf Übergang zur Tagesordnung in dieser Sache fand Annahme mit 126 gegen 57 Stimmen. Zum Jahresbericht, der gedruckt vorlag, gab Kassierer W o l l nur einige Erläuterungen. Es wurde ihm für die mühseligste Föhrung der Kassengeschäfte Entlastung erteilt. In der Zusammenfassung des Vorstandes und der Revisionen ergab sich keine Änderung. Dieser wurde ein bloc wiedergewählt, ebenso die Lehrungsleitung. Einen Bericht über die Tätigkeit der Lehrungsabteilung gab Gau- und Bezirkslehrungsleiter M a r S c h m i d t. Auch auf diesem Gebiet wurde erprießliche Arbeit geleistet. Schien die Verammlung im allgemeinen einen harmonischen Verlauf zu nehmen, so glaubten doch einige Kollegen, sich auf das Gebiet der politischen Seitendangelegenheiten begeben zu müssen und einige Anträge hervorzuheben, die sie Opposition nennen, die aber keine ist und das vermissen läßt, was die Organisation zusammenhält. Gegen wenige Stimmen gelangte noch ein Antrag zur Annahme, dem Gesangverein „Typographia“ pro Quartal 100 M. aus Bezirksmitteln zu gewähren, damit er seine notwendigen laufenden Ausgaben bestreiten kann. Anschließend an die Verammlung erfolgte die Ehrung des Kollegen D i t t o S c h u c h anlässlich seines 50jährigen Verbandsjubiläums unter Mitwirkung des Gesangvereins „Typographia“, was die Kollegen noch einige Zeit zusammenhielt. Namens des Bezirks beglückwünschte Kollege G ö l s den Jubilar unter Überweisung eines Geschenkes in einer herzlichen kurzen Ansprache, die Verbandsstreu des Jubilars unterstreichend und sie unter Jungmannschaft als Beispiel hinstellend. Unser Gauvorsitzer C o n r a d i sprach ebenfalls im Namen des Gau- und Verbandsvorstandes in ehrenreichen Worten dem Jubilar seine Glückwünsche aus unter Überreichung des Geschenkes des Verbandsvorstandes. Gerührt ließ der Jubilar für die ihm bewiesene Aufmerksamkeit seinen Dank durch den Vorsitzenden ausprechen.

Markenwahlen i. Sa. Am Nachmittag des 20. Februar fand unsere Jahreshauptversammlung statt. Vorsitzender S a m a n n konnte eine stattliche Teilnehmerzahl begrüßen. Aus dem von ihm erstatteten statistischen Teil des Jahresberichts war zu entnehmen, daß die durchschnittliche Mitgliederzahl 34 betrug, die Arbeitslosigkeit 23,2 Proz., der Verfallungsbesuch 52 Proz., was als gut zu bezeichnen ist, da ein großer Teil der Mitglieder auswärts wohnt. Der dann folgende, von unserm langjährigen, bewährten Kollegen S t ö z e l vorgetragene Jahresbericht ließ mit seinen erschütternden Zahlen des Notjahres 1931 die Verammlung besonders aufhorchen. Die Lehrungsabteilung gab zu Klagen keinen Anlaß. Der Vorstand wurde mit geringer Ausnahme in seiner Gesamtheit wiedergewählt, ein erfreuliches Zeichen, das zu steigendem und vorbildlichem Verlauf der Verammlung beitrug. Unter dem Punkt Anträge und Beschiedenes stand die Neuregelung der Kassenvorfälle zur Hauptdebatte: Beträgte sich früher nur selten ein reisender Kollege in unsern Ort, so wurde in den letzten Monaten unser Ortsverein zahlreich aufgesucht von zum Teil ausgekehrten und jeweils zu zweit reisenden Kollegen. Den Verhältnissen Rechnung tragend, mußte eine Herabsetzung des Biatusums von 1 M. bzw. 1,50 M. auf 50 Pf. bzw. 75 Pf. bei nur einmaliger Auszahlung innerhalb eines halben Jahres vorgenommen werden, da keine Neigung für Erhöhung des Ortsbeitrags vorhanden war. Das Geschenk an die an Verammungen teilnehmenden arbeitslosen Kollegen am Ort wird beibehalten, doch wurde eine Klausel festgelegt für diejenigen, die im Konditionsstand die Verammungen „schwänzen“, bei Arbeitslosigkeit dagegen sich einfinden. Berechtigtes Erkennen rief das Restantenwesen hervor; es sind meist immer ein- und dieselben Kollegen. Der Vorsitzende verstand diese Ansicht trefflich zu rügen mit dem Hinweis, woher der Kassierer wohl das Geld zur Unterstützungsauszahlung nehmen soll, wenn viele Kollegen derart unwürdig handeln wollten! In Zukunft soll von den Statuten Gebrauch gemacht werden, wonach die Restanten in Verammungen verlesen werden. Der Abbau der über tariflichen Entlohnung ist in einem hiesigen Großbetrieb zum Teil durchgeführt worden, nachdem der erste Angriff abgefallen werden konnte. Wird auch den verschiedenen „Unternehmer-Notverordnungen“ gebührender Widerstand entgegengelegt, so kann eine Stoffkrise, wie sie in letzter Zeit aus großen Orten berichtet wird, unser abgelegener Ortsverein nicht immer entfallen; gilt er schon als Schmerzenskind des Gauses Gebirge-Vogelzug, so steht er dazu als kleine Warte mitten in den hochgehenden Wogen einer stark rechtspolitischen Strömung.

Stralsund. In unserer Versammlung am 27. Februar konnten wir den Bezirksvorsitzenden, Kollegen R. W a r n e (Greifswald), als Gast in unserer Mitte begrüßen. Nach geschäftlichen Mitteilungen erfolgte eine Würdigung der Berliner Bewegung wegen Abbaues der Überminimierungszahlung. Infolge der hierorts amtlich geförderten Towerungsstendenz (Bade- und Fremdenverkehr) hat der Ortsverein Stralsund einen entsprechenden Antrag zu den Tarifverhandlungen gestellt. Hierzu ergriß auch der Bezirksvorsitzende das Wort und schilderte die Abbaupläne unser wirtschaftlichen Gegenparts, dabei unsern Mitbewerbern temperamentsvoll betonend. Absandan wurden abetmals Krankenkassenangelegenheiten besprochen, und ein Kollege gab ein Bild seiner Tätigkeit als Armenpfleger; er beleuchtete grauenhafte Notstände, aber auch Fälle von Mißbrauch durch unverschämte Neuarmer. Auf Wunsch des Vorstandes hielt nun der als Laienpraktiker auch in zahlreichen Buchdruckerfamilien segenreich wirkende Kollege M a z G ö r s einen Vortrag über das Thema: „Wie ich Homöopathie wurde“. In längeren Ausführungen ging der Vortragende auf das gesamte Gebiet des Gesundheitswesens und der Krankheitsbehandlung ein. Die Verammlung brachte dem Vortrag äußerster Interesse entgegen und pendete am Schluß starken Beifall. Diese Vortragserie soll demnächst fortgesetzt werden mit einem Eingehen auf die speziellen Berufsfragen, wozu auch unsere Frauen eingeladen werden sollen. Nach dem

Arbeitsbericht folgte die Besprechung einiger Broschüren des Bildungsverbandes, der Ausstellung von Käthe Kollwitz im Museum und die Bekanntgabe zeitgemäßer Neuerungen im Betrieb des Gewerkschaftshauses. Der Anregung, für die Erwerbslosen ein Exemplar des „Klinischen Anzeigers“ zu halten, stimmte die Verammlung zu. Unter „Beschiedenes“ wurde auf den bevorstehenden Krisenkonferenz des DGB, hingewiesen und im Zusammenhang damit das Erwerbslosienproblem besprochen, wobei alle Lösungen mit inflationistischen Gefahrenmomenten abgelehnt und auch das sogenannte Krümpersystem als gänzlich abwegig und schädlich verworfen wurden. Die interessante und gedankentiefere Verammlung war nur von 33 Kollegen besucht; die Fehlbenden mögen sich gesagt sein lassen, daß sie etwas verjämmt haben.

Wiesbaden. Der Jahreshauptversammlung unres Bezirksvereins am 28. Februar war eine Funktionärskonferenz am Vormittag vorausgegangen, die sich mit verwaltungs- und kasentechischen Fragen befahte. Die Verammlung wurde eingeleitet durch zwei Choroorträge des Kollegengesangvereins „Gutenbergs“, die gute Aufnahme fanden. Vorsitzender S c h ä f e r begrüßte die Erschienenen des weiten Bezirks und gedachte der Toten des letzten Jahres. Dann gab er u. a. verschiedene Eingänge bekannt und verries auf die Eingehung in das „Eiserne Buch“. Hierauf wurde die Wahl der Gantagsdelegierten vorgenommen. Elf Kollegen erhielten die absolute Mehrheit, davon sind neun Delegierte und die zwei mit der niedrigsten Stimmenzahl Ersatzleute. Der Vorsitzende erstattete nun den Bericht des Vorstandes. Er ließ alle wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Vorkommnisse des verfloffenen Jahres Revue passieren, unter besonderer Berücksichtigung unres Gewerbes. In organisatorischer Beziehung führte er aus, daß wir in das Berichtsjahr mit 521 Mitgliedern, 24 Invaliden, 117 Lehrlingen eintraten. Unre Arbeitslosenkurve stand am 30. Januar 1931 wie folgt: 58 Seher, 35 Drucker, 3 Schweizerdegen, 4 Maschinenseher, 2 Seher- und 2 Druckerstereotypere. Der Organisation gehören zwei Kollegen über 50 Jahre und 103 Kollegen über 25 Jahre an. Der Vorsitzende schloß seinen Bericht mit dem Hinweis, daß das laufende Jahr dilster vor uns liegt und einen so festeren Zusammenhalt notwendig macht. Der von dem Kassierer gegebene Kasensbericht ergab für die Bezirkstasse ein Barvermögen von rund 4008 M. oder 500 M. mehr als im Vorjahr. Der Lehrungsleiter gab lobann einen Bericht von den Lehrungsabteilungen Wiesbaden, Limburg, Rheingau und Jagenburg, der von der rührigen Tätigkeit der Abteilungen Kenntnis gab und von der Verammlung Zustimmung aufgenommen wurde. Der Vorstand wurde wiedergewählt mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, der im Laufe des Jahres zurückgetreten und nun neu gewählt wurde, und eines Beisizers, der eine Wiederwahl ablehnte, um dem Wiesbadener Ortskassierer als Beisitzer des Bezirksvorstandes Platz zu machen sowie die Wahlhandlung zu vereinfachen. Die Remuneration wurde für alle Funktionäre in alter Höhe beibehalten, mit Ausnahme der des Kassierers, die eine Reduzierung erfuhr, weil eine Trennung von Orts- und Bezirkskassierer vorgenommen worden war. (Schreib- und Typen-Kassen von eittgen Kassierer verwaltet.) Ein Antrag betreffend Gauslehrungstreffen wurde dem Vorstand zwecks Weiterleitung an der Gau überwieen. Ein Antrag des Gesangvereins „Gutenbergs“ auf eine Beihilfe von 75 M. wurde bewilligt. Der Vorsitzende forderte auf zur Teilnahme an einer Kundgebung der „Eisernen Front“. Darauf hatte die von 236 Kollegen besuchte Verammlung ihre Ende erreicht.

Wuppertal. (Maschinenseher.) Unre Hauptversammlung am 28. Februar war gut besucht. Vorsitzender K l i n g gab zunächst ein Rundschreiben der Zentralkommission bekannt, erstattete einen kurzen Bericht über die Gauerziehungsversammlung in Düsseldorf, besonders den Vortrag des Gauerziehers Köhner behandelt, streifte den Berliner Konflikt und gab dann den Jahresbericht. Beglückwünschte einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Bildungsverband und den Sparten wurde beschloffen, die Angelegenheit bis zum Zusammenlegen der beiden Bezirke Barmen und Elberfeld zu vertagen. Leider mußten acht Kollegen wegen Resten ausgeschlossen werden. Der Vorstand blieb in seiner Zusammensetzung unverändert; in der Technischen Kommission trat eine Neubesetzung ein. Unter „Technischem“ begrüßte der Vorsitzende die beiden Vertreter der Mergenthaler, die Herren Freirenberg (Düsseldorf) und Nykel (Berlin). Nachdem Herr F r e i r e n b e r g die Kollegen herzlich begrüßt hatte, nahm Herr N y k e l zu seinem Vortrag über „Neuerungen an der Linotype“ das Wort. In temperamentvoller Weise verhand es der Vortragende, die Kollegen mit den technischen Verbesserungen an der Linotype bekannt zu machen, unterstützt durch eine vorzügliche Wiedergabe von Lichtbildern. Die Kollegen konnten daraus ersehen, daß es bei der Mergenthaler in bezug auf technische Verbesserungen keinen Stillstand gibt. Herr F r e i r e n b e r g dankte allen Kollegen für ihre große Aufmerksamkeit während des Vortrags und gab dem Wunsch Ausdruck, daß Wuppertal bald von der großen Arbeitslosigkeit der Maschinenseher befreit werde. Der Vorsitzende sprach beiden Vertretern für ihre Ausführungen den besten Dank aus und ersuchte die Kollegen, doch in den Betrieben keine Gleichgültigkeit aufkommen zu lassen und sich des Ernstes der Zeit bewußt zu sein.

Allgemeine Rundschau

25 Jahre Gauvorsitzer. Am 31. März kann Kollege H e r m a n n R e i s n e r in Königsberg eine 25jährige Tätigkeit als Vorsitzender des Gaus Ostpreußen zurückblicken. Auf dem Gantag 1907 wurde er als Nachfolger des Kollegen Behrendt gewählt. Bis Ende 1921 war Kollege Reissner ehrenamtlich tätig und wurde dann angestellt. In der langen Zeit seiner Amisführung sind, wie an alle kürzigen, an exponierter Stelle stehenden Verbandsfunktionäre, auch an Hermann Reissner schwere Aufgaben herangetreten, deren Bewältigung ein hohes Maß von Pflichtgefühl und Arbeitskraft erforderte. Die harte Kriegszeit, die noch schlimmeren Nachkriegsjahre und die Inflationsperiode mit ihren Lohnverhandlungen am laufenden Band rechnen sozusagen doppelt für die Funktionärstätigkeit. Im Gau Ostpreußen mit seinem organisatorisch

und tariflich zum Teil recht steinigem Boden blieb Reissners Tätigkeit zu fließt verurteilt. Sie sicherte ihm weitgehendes Vertrauen und Anhänglichkeit seiner Gaumitglieder. Am gleichen Tage wie Kollege Reissner, kann auch Kollege W a l t e r K r a u s e in Königsberg auf eine 25jährige Funktionärstätigkeit zurückblicken. Auf dem Gantag 1907 als zweiter Vorsitzender in den Vorstand des Gaus Ostpreußen ernannt, übernahm er nach dem Tode des damaligen Gauvorsitzers, Kollegen Othredo, im Jahre 1916 dessen Amt zunächst ehrenamtlich und wurde dann am 1. Oktober 1924 als Gauvorsitzer angestellt. Den beiden um den Gau Ostpreußen und damit auch um die Gesamtorganisation verdienten Jubilaren seien in kollektiver Wertschätzung zu ihrem Ehrentag hiermit unsere besten Glückwünsche und Grüße entboten!

Joseph Kammerer f. Am 23. März starb, 63jährig, der Rektor i. R. Joseph Kammerer in Wachen, wohl der hervorragendste Sachkenner unrer wahrlich nicht so leichten Rechtschreibung. Seine auch bei den Buchdruckern sehr bekannte „Vollständige Rechtschreiblehre“ (oft „der begründete Duden“ genannt) hat es auf zehn Auflagen gebracht und unzähligen Rat und Ausschluß in kniffligen Rechtschreibungsfragen gegeben. Das in diesem Buch enthaltene Diktat „Aus dem Testament einer Mutter“ ist wegen der gehäuften Schwierigkeiten geradezu berühmt geworden. Kammerer hat auch am Ausbau des Duden mitgearbeitet; unter der Bearbeiter der zuletzt erschienenen 10. Auflage des Duden steht er „seine bewährte Hilfe auch bei der Aufstellung wieder zugeht“ gekommen. Die Durchsührung der Rechtschreibung des vor zwei Jahren herausgekommenen „Neuen deutschen Wörterbuchs“ von Dr. Theodor Matthias wurde Kammerer verantwortlich übertragen. Mit den Buchdruckern und besonders mit den Korrektoren verknüpfte ihn ein inniges Band. Geru und eifrig betätigte er sich als Mitarbeiter am „Sprachwart“; der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker verlegte sein „Wörter- und Werkbuch für Rechtschreiben und Sprachrichtigkeit“ und brachte lobens sein Werkblatt über den Bezirk für die Buchdruckerpresse heraus. Auch im „Deutschen Buchdruckerkalender“ waren Beiträge von Kammerer zu finden. Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, dem die Liebe zur deutschen Sprache und Rechtschreibung Leitstern seines Lebens gewesen ist.

Zur Laufdauer der Tarifverträge und Lohnsätze. Zu der Notiz in einer großen Berliner Tageszeitung, wonach in Aussicht genommen sein soll, die Laufdauer der Lohnsattverträge für bestimmte Gewerbe durch Verordnung über den 30. April 1932 hinaus zu verlängern, weist das Reichsarbeitsministerium in einer amtlichen Mitteilung darauf hin, daß eine solche Maßnahme sich offenbar schon deshalb erübrigt, weil die Parteien, wie schon jezt mit Sicherheit anzunehmen ist, von der Kündigungsbefugnis der Lohnsattverträge zum 30. April nur ausnahmsweise Gebrauch machen werden. Ein solches Verhalten entspricht auch der Auffassung des Reichsarbeitsministeriums. Nach der erheblichen Senkung der Löhne und Gehälter durch die vierte Notverordnung erscheint eine erneute allgemeine Herabsetzung nicht tragbar und bei der steigenden Bedeutung des Binnenmarktes für die deutsche Wirtschaft auch nicht wünschenswert. Berechtigt erscheint lediglich in einzelnen Berufsgruppen die Anpassung der bisher gegenüber dem allgemeinen Lohnstand noch überhöhten Löhne und Gehälter. Bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands sollte jede vermeidbare Beunruhigung durch Tarifkündigungen unterbleiben. Soweit Änderungen erforderlich sind, sollten die Verhandlungen der Beteiligten baldigst eingeleitet werden, um auch von der Lohnseite her die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Belebung zu schaffen. Im übrigen sind in der letzten Zeit vereinzelte Zweifel geäußert worden, ob nicht Tarifverträge, die zu ihrem Ablauf der Kündigung bedürfen, auch wenn diese nicht erfolgt, gleichwohl auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 mit dem 30. April 1932 von selbst ablaufen. Diese Zweifel sind, wie das Reichsarbeitsministerium weiter mitteilt, nach Wortlaut und Zweck der fraglichen Vorschrift der Notverordnung nicht berechtigt. Danach laufen Tarifverträge nur dann ohne Kündigung mit dem 30. April 1932 ab, wenn sie nicht auf längere Dauer abgeschlossen sind. „Auf längere Dauer“ — nämlich für unbestimmte Zeit — sind aber auch solche Tarifverträge abgeschlossen, die nach ihrem Inhalt zum Ablauf der Kündigung bedürfen. Das Reichsarbeitsministerium nimmt ferner, ohne damit der arbeitsgerichtlichen Entscheidung im Einzelfall vorgreifen zu wollen, an, daß Kündigungen von Lohn- und Gehaltsverträgen, die vor dem Inkrafttreten der Notverordnung, also vor dem 9. Dezember 1931, abgeschlossen und später nicht wiederholt wurden, mit Rückfrist auf die durch die Vorschriften der Notverordnung grundlegend veränderte Lage nicht mehr als wirksam angesehen werden können, falls nicht besondere Umstände, wie die Ladung, daß der Tarifvertrag nur einmal jährlich gekündigt werden kann, ausnahmsweise eine andre Auffassung bedingen.

Sozialismus und Kommunismus. Sozialismus ohne Menschlichkeit ist kein Sozialismus. Unter diesem Gesichtspunkt ist das, was in Sowjetrußland geschieht, kein Sozialismus, sondern eine technische Wahnidee, der Menschheit und Menschenglück geopfert werden. Die Misshandlung des einzelnen Menschen und seines Lebens geht aus zwei Dingen drastisch hervor. Es gibt in Sowjetrußland weder eine Arbeitslosenunterstützung noch eine Altersversicherung. Wer in Rußland arbeitslos wird, ist verloren. In Deutschland hat der Arbeitslose Rechtsanspruch gegen den Staat — in Rußland ist er rechtlos. In Deutschland ist die soziale Verpflichtung, ihn und seine Familie zu erhalten, anerkannt in Rußland ist er ein Rechtloser, ein Ausgestoßener. In Deutschland sehen sich sozialistische Gedankenänger durch — in Sowjetrußland verfahren man nach den Methoden des Frühkapitalismus, der im Arbeiter nicht den Menschen, sondern nur „Hände“ sah. Ebenso liegen die Dinge mit den alten Arbeitern. Auch sie sind ausgestoßen, rechtlos, wenn sie nicht mehr arbeiten können. In Deutschland gibt es Invaliden- und Altersrenten. Sie sind niedrig, aber es existieren. In Rußland bleibt dem Arbeiter nur eins: säufeln bis zum Tode, oder — verhungern. In Deutschland die Rücksticht auf das menschliche Leben, in Sowjetrußland die Verachtung des menschlichen Lebens. In Deutschland sind die

